



Wiesbaden, 15. März 2012

Kinderbetreuung in Hessen

Bettina M. Wiesmann: „Hessen hat eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und baut diese mit Hochdruck weiter aus“ - „Papier der SPD zwischen Realitätsverweigerung und Wunschkonzert“

Die Fürsorge für Kinder, ihre Erziehung und Betreuung ist und bleibt in erster Linie die Aufgabe der Eltern. Mit unserer konsequenten Politik für mehr und bessere Kinderbetreuung wollen wir den Eltern Angebote machen und so echte Wahlfreiheit schaffen, damit sie ihr eigenes Familienmodell leben können", betonte die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Bettina M. Wiesmann, heute anlässlich der SPD-Presskonferenz zum Thema Kinderbetreuung.

„Das Papier, das die SPD vorgelegt hat, geht an der Realität vorbei. Es fordert vollmundig ein, was in Hessen in der maßgeblichen Mitverantwortung der bürgerlichen Landesregierung schon längst geschieht. Herr Merz hätte das Familienpolitische Programm der CDU-Fraktion lesen sollen. Wir brauchen ein Klima der Ermutigung und des Willkommens für Familien und solche, die es werden wollen. Dieses Klima wächst dann, wenn junge Menschen das Gefühl haben, dass man ihnen Entscheidungsspielraum gibt, wie sie leben und ihre Kinder ins Leben begleiten wollen, und dass es vielfältige Angebote zur Kinderbetreuung wie zur Familienunterstützung gibt, die sie in Anspruch nehmen können. Die SPD macht es sich zu einfach, wenn sie nur nach mehr Geld schreit. Damit wird sie der aktuellen Situation nicht gerecht. Wir haben die für frühkindliche Bildung bereitgestellten Mittel von rund 72 Millionen Euro in 2002 auf über 355 Millionen Euro für 2012 gesteigert und halten an diesem hohen Niveau auch in Zeiten von Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung fest. Dies ist solide Politik für Familien auf allen Ebenen. Der SPD fehlen eigene Konzepte und überzeugende Ideen. Ihr Wunschkonzert wird der Gestaltungsaufgabe nicht gerecht“, sagte Wiesmann.

Vor allem im Bereich des Ausbaus der U3- Plätze, erläuterte Wiesmann, würden derzeit von Bund und Land massive Anstrengungen unternommen, um die zuständigen Kommunen zu unterstützen. „Hessen hat aktuell ein

Landesinvestitionsprogramm aufgelegt, das zusätzlich zu den Bundesmitteln 30,6 Millionen Euro zum Platzausbau in die Kommunen gibt. Im Hinblick auf das vereinbarte Ausbauziel von durchschnittlich 35 % U3- Plätzen sind wir auf einem sehr guten Weg. Hierbei geht es uns neben den Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem auch um den weiteren Ausbau der Tagespflege, für den das Land ein weiteres Sofortprogramm aufgelegt hat. Hessen hat motivierte und qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, aber wir brauchen noch mehr davon. Deshalb tut die Landesregierung viel dafür, dass wir auch in Zukunft ausreichend Fachpersonal haben – von der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze über die Gewinnung von Berufsrückkehrern bis zur Gewinnung weiterer Berufsgruppen für die Tätigkeit in der Kinderbetreuung. Auch über eine Veränderung der Erzieherinnenausbildung muss nachgedacht werden. Die Ausführungen der SPD hingegen helfen nicht weiter; sie sind ein Schlag ins Gesicht der Erzieherinnen und Erzieher, die eine wirklich gute Arbeit leisten und schon heute gut ausgebildet sind“, erklärte die Familienpolitikerin.

Die Hessische Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen, so die Familienpolitikerin weiter, sähen in dieser zukunftsweisenden Familienpolitik eine zentrale Aufgabe. „Wir wollen Eltern Wahlfreiheit einräumen und sie in ihrer vorrangigen Aufgabe, ihre Kinder zu erziehen, zu bilden und ins Leben zu begleiten, unterstützen. Dazu leistet der U3-Platzausbau zur Kinderbetreuung in Einrichtungen sowie in Tagespflege einen unverzichtbaren Beitrag. Dazu gehört zudem die konsequente Stärkung der frühkindlichen Bildung in Familien, Kindertageseinrichtungen und Schulen. Der bundesweit anerkannte Hessische Bildungs- und Erziehungsplan 0-10 bietet dafür einen hervorragenden Qualitätsrahmen. Die bevorstehende Einführung der Qualifizierten Schulvorbereitung ist ein weiterer wichtiger Baustein. Außerdem gehören familienunterstützende Maßnahmen wie Familienzentren oder das Netz der Frühen Hilfen dazu“, so Wiesmann.